

18.05.1848 – Vor 165 Jahren trat in der Paulskirche zu Frankfurt am Main die erste Deutsche Nationalversammlung zusammen

23.05.1863 – Vor 150 Jahren Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV); Präsident: Ferdinand Lassalle

29.05.1993 – Vor 20 Jahren wurden durch einen rechtsradikalen Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Mehrfamilienhaus in Solingen fünf türkische Frauen ermordet

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

09. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

14. Mai 2013

„Da geht doch noch mehr!“

Zu meiner bisherigen Arbeit im Bundestag und meinen nächsten Zielen

Meine inhaltlichen Schwerpunkte lagen zunächst in Wissenschafts- und Forschungs- sowie Technologie- und Innovationspolitik. Mehr und mehr haben dann aber Halina Wawzyniak, weitere MitstreiterInnen und ich insbesondere die Netzpolitik und digitalen Perspektiven der Kulturpolitik und Kreativwirtschaft aus Sicht der LINKEN mitgeprägt.

Und schließlich tragen verschiedenste bioethische Themen und Beschlussfassungen des Bundestages der vergangenen Jahre unter anderem meine Handschrift. So war es möglich, an Gruppenanträgen wie zur Präimplantationsdiagnostik, zur Stammzellforschung, zur Organspende oder zur Beschneidung aus religiösen Gründen über Fraktionsgrenzen hinweg mitzuarbeiten.

Wie man sich vielleicht vorstellen kann, sind diese Entscheidungen quer durch die Fraktionen immer noch besondere politische bzw. parlamentarische Ereignisse, die zumeist auch von umfassenden gesellschaftlichen Debatten begleitet waren.

Wir haben es in diesem Land nun einmal mit ganz verschiedenen Wertekonzepten zu tun. Und solange keine Menschen- und BürgerInnenrechte verletzt werden, hat Politik, nach meinem demokratischen Verständnis, dafür zu sorgen, dass diese Wertevorstellungen nebeneinander gelebt werden können.

Meine „kleine historische Mission“ habe ich in der ersten Legislaturperiode für mich darin gesehen, DIE LINKE in den Themen, für die ich verantwortlich zeichne, anders zu platzieren. Es ging mir darum, einseitige Sichten auf uns oder Vorurteile über uns zu knacken und dabei aber auch unser eigenes inhaltliches Herangehen zu profilieren und gegebenenfalls

auch zu ändern.

Es gibt viele Signale, dass wir diese Zielstellung umsetzen konnten. Und es ging mir schließlich darum, als Linke aktiv an gesellschaftlichen Problemlösungen mitzuwirken, mich direkt einzumischen.

Ganz besondere Akzente haben wir in der Technologie- und Technikfolgeabschätzung setzen können. Viele Entscheidungen in diesem Bereich sind nämlich entwicklungsprägend für dieses Land auf Jahrzehnte. So waren wir es, die nach umfangreichen Vorarbeiten schließlich in der aktuellen Legislaturperiode in den Bundestag und in die öffentliche Debatte einen erweiterten Innovationsbegriff eingebracht haben.

Technik- und Technologieentwicklungen sind eben nicht mehr ohne die Diskussion und ohne Berücksichtigung ethischer und sozialer Rahmenbedingungen denk- und umsetzbar.

Und eine starke Gemeinwirtschaft wie auch leistungsfähige öffentliche Infrastrukturen des Staates im Bereich Daseinsvor- und Daseinsfürsorge sind absolut nicht mehr ohne eigene Innovationsfähigkeit und ohne >Soziale Innovationen< denkbar.

Gesundheits- und Pflegeforschung, demografische Entwicklung, die Energiewende, Klimawandel, Änderungen in der Arbeitswelt, Hunger und Mangelernährung, Zugang zu wichtigen Lebensgrundlagen wie Wasser, Strom, Gas, Entsorgungssysteme und vieles andere mehr dürfen privater Aneignung und Gewinnstreben nicht überlassen werden.

Deshalb haben wir immer darauf gedrungen, Entwicklungen aus der Sicht der Betroffenen – also von unten – zu konzipieren.

weiter auf Seite -2-

Mühsam und schrittweise vollzieht sich ein Umdenken. Aber keinesfalls darf der Druck herausgenommen werden.

Für meine zweite, jetzt zu Ende gehende Wahlperiode hatte ich mir vorgenommen, dass wir neue Themen "erobern" und in neue Diskussionsräume vordringen. Insbesondere deshalb wollte ich auch in der Enquetekommission "Internet und digitale Gesellschaft" mitwirken. Als diese Internetenquete eingesetzt wurde, hatten wir als LINKE zu netzpolitischen Fragestellungen nahezu nix auf der Festplatte.

Ein Jahrzehnt zuvor hatte vergleichbar der industriellen eine andere Revolution begonnen – diesmal aber eine digitale – und die Mehrzahl der LINKEN war drauf und dran diese zu verschlafen.

Das konnten wir natürlich nicht zulassen und wollten aktiv dabei sein. Es bestand also ungemein viel Gestaltungsraum – aber vor allem bestanden Notwendigkeiten, sich aus linker Sicht in die netzpolitischen Diskurse einzubringen. Bis dahin hatten einige wenige Aktive in der LINKEN, Halina Wawzyniak und auch ich quasi Privatmeinungen, aber das ist natürlich zu wenig, um als politische Kraft ernst genommen zu werden. Insofern war es für uns beim Start der Internetenquete schon mal ein echter Knüller, dass es uns

gelingen ist, eine bundesweit bekannte Expertin des ChaosComputerClubs und eine Expertin der Gewerkschaft ver.di für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Heute, so selbstbewusst lässt sich das schon schreiben, sind wir aus netzpolitischen Diskussionen in und um den Bundestag herum nicht mehr wegzudenken.

Wir werden quer durchs ganze Land und quer durch verschiedenste Verbände, Interessenvertretungen und Organisationen eingeladen, uns an Diskussionen zu beteiligen. Die Piraten und BündnisGrünen haben ihre vermeintliche inhaltliche Hegemonie längst verloren. In der Wissenschafts- und Forschungspolitik standen vor allem die AkteurInnen selbst im Zentrum unserer politischen Vorschläge.

Ca. 90 Prozent befristete Beschäftigungsverhältnisse, mehr als die Hälfte der Verträge mit einer Laufzeit unter einem Jahr und massive Benachteiligungen von

Frauen in der Wissenschaft, bedeuten letztlich nicht nur inhaltliche Verluste für die Wissenschaft, sondern auch für die gesamte Gesellschaft.

Prekäre Beschäftigung, Ausbeutung und Selbstausbeutung wie auch Arbeitslosigkeit durchziehen ausnahmslos alle Bereiche – private, gemeinwirtschaftliche und öffentliche. Das ist schlicht nicht hinnehmbar – weder an einem Callcenter wie S-Direkt in Halle noch an Wissenschaftseinrichtungen. Immerhin werden ja auch alle Bereiche direkt und indirekt aus Steuergeldern gefördert.

Wissenschaft wiederum soll sowohl Bildungs- und Forschungsaufgaben erfüllen als auch der Gesellschaft national wie global helfen, die großen Konflikte



und Widersprüche nachhaltig und vor allem gerecht zu lösen.

Daher müssen alle mit öffentlichen Mitteln gewonnenen Erkenntnisse auch öffentlich zugänglich und nutzbar bleiben. Selbstverständlich unter Nutzung vielfältiger digitaler Möglichkeiten.

Bei unseren Besuchen in Forschungseinrichtungen treffen wir immer wieder auf interessierte und interessante GesprächspartnerInnen, die unsere inhaltlichen Ansätze teilen.

Wir wollen ein starkes Wissenschafts- und Forschungssystem in der Breite und nicht etwa nur einige wenige so genannte Exzellenzuniversitäten.

Bildung, Wissenschaft, Kreativwirtschaft, Technologie- und Innovationsentwicklung sowie Kultur- und Netzpolitik sind Zukunftsfelder, die gerade auch für ein Land wie Sachsen-Anhalt unglaublich attraktive Möglichkeiten bieten.

**16.05.2013: 10 – 12 Uhr Infostand
Halle-Neustadt, Wochenmarkt**

Daher nervt mich die aktuelle Kürzungsdebatte um die Hochschulen Sachsen-Anhalts so unglaublich. Sie ist genau das, was sie hervorzubringen droht: Rückschritt pur. Diese Landesregierung hat das Wesen unserer Entwicklungschancen im nächsten Jahrzehnt überhaupt nicht begriffen. Daher sollten wir den Wahlkampf auch nutzen, gegen die Kürzungen geballt aufzutreten. Und gleich auf welchem meiner politischen Themen – überall gilt es, unsere Kernkompetenz einzubringen.

Überall stellen wir die >Soziale Frage<! Eine gerechtere Gesellschaft – so das Fazit auch aus meinen politischen Themenstellungen – ist nicht ohne einen grundsätzlichen Politikwechsel zu gestalten. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Und genau in diese Richtung will ich in meiner dritten Wahlperiode arbeiten.

DIE LINKE ist inhaltlich längst Partnerin oder eben auch Kontrahentin auf Augenhöhe geworden. Das muss sich aber auch in Prozenten abbilden. Deshalb will ich den Bundestag auch als Plattform nutzen, um mit unseren inhaltlichen Vorstellungen neue UnterstützerInnen zu finden, andere politische Mehrheiten zu bilden und andere Parteien bzw. Fraktionen unter Druck zu setzen.

Wir haben in der aktuellen Phase eine – wie ich finde – unglaublich wichtige Verantwortung zu übernehmen.

Die Schnittmengen der anderen Parteien sind groß. Ihr Umgang mit der Finanzkrise und mit sozialer Spaltung dieser Gesellschaft droht aber einer zukunftsfähigen, einer gerechteren Politik die Luft zu nehmen. Da müssen wir uns rausboxen. DIE LINKE hat Alternativen entwickelt. Diese sind machbar. Gemeinsam in der LINKEN, aber vor allem über sie hinaus will ich dafür weiterstreiten – und mit besonderem Vergnügen auch als Direktgewählte in meinem Wahlkreis.

Petra Sitte

Information

Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers zur Telefonkonferenz des Geschäftsführenden Parteivorstandes am Montag, 6. Mai 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

In seiner Telefonkonferenz am Montag, 6. Mai 2013, verständigte sich der Geschäftsführende Parteivorstand zunächst zu Fragen der aktuellen Politik.

Am 5. Mai hat als letzter der Landesverbände das Saarland in einer gut besuchten Versammlung seine Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt – auf Platz 1 tritt Yvonne Ploetz an, auf Platz 2 Thomas Lutze. Der Geschäftsführende Parteivorstand gratuliert recht herzlich.

Der Geschäftsführende Parteivorstand zeigte sich besorgt zu den militärischen Aktionen zwischen Israel und Syrien. Eine weitere militärische Eskalation muss verhindert werden. Mit Betroffenheit wurde der Tod eines weiteren deutschen Soldaten in Afghanistan aufgenommen. Der Familie gehört in diesen Stunden unser Mitgefühl. Der Tod ist für uns ebenso eine weitere Mahnung für den sofortigen und vollständigen Abzug aus Afghanistan.

Den Beginn des NSU-Prozesses wird die Partei aktiv begleiten. In diesem Zusammenhang hat die Bundestagsfraktion zu Recht erneut gefordert, neben der individuellen Schuld der Angeklagten ebenso das Versagen der Sicherheitsbehörden aufzuklären. Zur Diskussion um die Zukunft Europas und die Zukunft des Euro hält der Geschäftsführende Parteivorstand fest, dass wir als LINKE die gemeinsame Sorge um die Zukunft Europas teilen. Wenn Merkels Euro-Kurs weiter fortgesetzt wird, dann droht eine existenzielle Verschärfung der Krise der europäischen Währungsunion. Die Austeritäts-Doktrin zerstört den Euro und die Substanz des Projekts der europäischen Einigung. Eine Diskussion verkürzt auf die Frage der gemeinsamen Währung wird der Bedeutung einer gemeinsamen Sozial-, Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa jedoch nicht gerecht. Der Vorstand bleibt bei seiner im Leitantrag an den Dresdner Parteitag formulierten Position, nicht aus dem Euro aussteigen zu wollen, stattdessen aber die Währungsunion vom Kopf auf die Füße zu stellen und neu auszurichten. Die europapolitische Diskussion – an der sich bereits viele Genossinnen und Genossen beteiligt haben – wollen wir fortführen.

Aktuell wurde über die Antragslage zum Bundesparteitag am 14. bis 16. Juni in Dresden informiert.

Neben dem Leitantrag des Parteivorstandes gibt es drei weitere selbständige Anträge sowie diverse Änderungsanträge zur Satzung und zu den Ordnungen der Partei.

Mit solidarischen Grüßen,

Matthias Höhn

Antrag an die 2. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE. vom 14.-16. Juni 2013 in Dresden

Antragsteller: Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE (BAG GE); gemäß Beschluss der Bundesmitgliederversammlung am 6. und 7. April 2013, ausgearbeitet durch den BundessprecherInnenrat am 29. April 2013

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Partei DIE LINKE unterstützt die „Europäische Bürgerinitiative zum Grundeinkommen“ und informiert ihre Mitglieder und Gremien über Newsletter, einen Button mit Link auf der Website und in Emails über die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen (<http://basicincome2013.eu/ubi/de>).

Begründung:

Der Antrag der „Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen“ an die Europäische Kommission zielt darauf ab, „die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gem. Art. 156 AEUV zu fördern im Hinblick auf die Erforschung des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) als Instrument zur Verbesserung ihrer jeweiligen Systeme der sozialen Sicherheit.“

DIE LINKE will die Diskussion zum Grundeinkommen weiterführen (Programm) und befürwortet die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Bundestag (Leitantrag zum Wahlprogramm 2013). Damit ist eine Voraussetzung auch für die umfängliche Information der Mitglieder und Gremien der Partei DIE LINKE über die Europäische Bürgerinitiative gegeben.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen, an der Grundeinkommensnetzwerke und -initiativen aus allen 27 Länder der EU teilnehmen, wird auch auf Beschlüsse des Europäischen Parlaments Bezug genommen, die von Mitgliedern der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke ins Europäische Parlament eingebracht und mit großer Mehrheit beschlossen worden sind:

1. Bericht von Gabi Zimmer (DIE LINKE): Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU, Beschluss vom 09.02.2008, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0467&language=DE&ring=A6-2008-0364>. Darin heißt es: „Das Europäische Parlament ... fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.“ (Ziffer 7)

2. Bericht von Ilda Figueiredo (Kommunistische Partei Portugals): Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa, Beschluss vom 20. Oktober 2010, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0375&language=DE&ring=A7-2010-0233>. Darin heißt es: „Das Europäische Parlament ... ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen und individuell verschiedener Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger, deren Bedürftigkeit im jeweiligen regionalen Maßstab nachzuweisen ist, bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen.“ (Ziffer 34)

Unabhängig davon, ob das Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE in der Programmatik verankert ist oder nicht, sollten die Mitglieder und die Gremien der Partei umfangreich über die Europäische Bürgerinitiative informiert werden, weil sie erstens die Diskussion über das Grundeinkommen befördert, zweitens den von Linken initiierten Beschlüssen des Europäischen Parlaments entspricht, und weil sie drittens eine Initiative von BürgerInnen, Netzwerken und Initiativen in der Europäischen Union ist, die darauf abzielt, bestehende Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und konkrete Verbesserungen sowohl für Erwerbslose als auch für lohnabhängig Beschäftigte zu erkämpfen.

Stefan Wolf, Sprecher der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE

Nürnberg, 29. April 2013

Danke! Спасибо! Thank you! Merci!

Vor 68 Jahren hatte das Schlachten in Europa ein Ende. Sechs Jahre dauerte der Zweite Weltkrieg – begonnen mit dem deutschen Überfall auf Polen, standen erst Europa und dann weite Teile der Welt in Flammen. In Brand gesetzt vom Wahn der Nationalsozialisten, ihrer Militärmaschinerie und von Millionen williger Mitläufer. Beendet von einer Allianz aus Sowjetunion, Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und vielen weiteren Nationen. Etwa 60 Millionen Menschen kostete der Zweite Weltkrieg das Leben. Darunter über sechs Millionen Jüdinnen und Juden aus Europa – vergast, erschlagen, erschossen, industriell gemordet. Darunter mehr als 25 Millionen Menschen aus der Sowjetunion – Soldaten, Zwangsarbeiter, Zivilisten. Darunter auch sieben Millionen Deutsche.

Auf den Trümmern Europas begann eine neue Epoche, eine Epoche des Friedens, der Aussöhnung und der Verständigung zwischen den Völkern. Der Aufbruch in die neue Zeit begann mit der Kapitulation Nazideutschlands am 8. Mai 1945. Das ist der Tag der Befreiung. Punkt. Ich glaube nicht, dass man diesem Tag gerecht wird, wenn man ihn an runden oder halbrunden Jubiläen besonders begeht. Jeder 8. Mai in jedem Jahr ist ein Tag, um Danke zu sagen für die Befreiung, es laut zu sagen. Der 8. Mai muss ein gesetzlicher Feiertag werden. DIE LINKE hat dies in einem Antrag im Bundestag gefordert, der von allen anderen Parteien abgelehnt wurde.

Vor 68 Jahren fand das nationalsozialistische Regime sein Ende mit der vollständigen Kapitulation. Zwölf Jahre Terror, Unterdrückung und Hass auf alles, was anders war,

dachte, aussah. Aber auch zwölf Jahre bedingungsloser Gefolgschaft und Mittäterschaft. Nicht alle ließen sich nach 1945 die Augen öffnen, viel zu viele wollten das Leid nicht sehen, das sie verursacht hatten, wollten die Konsequenz nicht tragen.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“ – dieser Satz aus dem Epilog von Brechts „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“, einer Parabel auf Hitler, stimmt leider bis heute. Die Tränen waren noch nicht getrocknet, die Erinnerungen an den Krieg und den Terror kaum verblasst, da wurde 1952 in der Bundesrepublik mit der SRP eine Partei verboten, die sich selbst in der Tradition der NSDAP sah. In den 60ern hatte die NPD erheblichen Zulauf, Neonazi-Aktivitäten ziehen sich durch die 70er, die 80er. Regelrechter Terror von Rechts in den Jahren nach der Wiedervereinigung: Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Hoyerswerda... Unter die Freude über das vereinte Land mischten sich immer auch die, die keine Lehren aus der Geschichte zogen, die mit Mord und Brutalität ihren braunen Hass auslebten. Allein zwischen 1990 und 2011 starben 181 Menschen, umgebracht aus rechtsextrem-rassistischen Motiven.

Am Montag dieser Woche begann der Prozess gegen den NSU, gegen Beate Zschäpe und die Helfer jenes Trios, das über ein Jahrzehnt ungehindert durch Deutschland ziehen und zehn Menschen ermorden konnte, acht türkische Mitbürger, einen Griechen und eine deutsche Polizistin. Wir sind es den Opfern schuldig, dass der Prozess aufklärt – über das Versagen von Behörden und Ämtern, über die Rolle des Verfassungsschutzes. Dass der

Prozess erklärt, wie so etwas möglich war. Und weil der Schoß noch fruchtbar ist, brauchen wir immer wieder sichtbares bürgerschaftliches Engagement und wir brauchen endlich langfristige finanzielle Sicherheit für die Projekte, die sich tagtäglich dem Kampf gegen Rechts stellen oder Opferberatung anbieten. Was wir nicht brauchen, ist die Kriminalisierung antifaschistischen und antirassistischen Protestes.

Matthias Höhn

Der Ortsverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE lädt alle Interessierten ein:
Diskussion des Bundestagswahlprogramms der LINKEN
**am Dienstag, 28. Mai 2013,
16.30 Uhr**

**im Versammlungsraum
Blumenstraße 16.**

Wir wollen uns besonders mit Kapitel I des Wahlprogramm-entwurfs befassen.

Zu Gast wird
Elisabeth Nagel, eine unserer
Delegierten zum Dresdener
Parteitag, sein.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
09.05.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 06.06.2013

Mein Name ist Hase(loff), ich weiß von nichts.

Die Landesregierung und allen voran Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff haben massive Kürzungen im Hochschulbereich geplant. Den schon jetzt nicht ausfinanzierten Hochschulen sollen weitere 60 Millionen Euro weniger zur Verfügung gestellt werden. Dr. Haseloff und die Landesregierung halten dies für notwendig und richtig. Doch sie scheinen nicht zu wissen, welche Auswirkungen das auf Sachsen-Anhalts Hochschulstandorte hat.

Dr. Haseloff weiß nicht, dass die Universitäten ein entscheidender Wirtschaftsfaktor für das Land sind.

Dr. Haseloff weiß nicht, dass das Land ohne gut ausgebildete Menschen einen Motor für Innovation verliert.

Dr. Haseloff weiß nicht, dass Sachsen-Anhalt bereits jetzt mit Abwanderung zu kämpfen hat, und dass die Verschlechterung und Verkleinerung von Universitäten das Land nicht attraktiver macht.

Dr. Haseloff weiß nicht, dass die finanzielle Situation der Universitäten schon jetzt prekär ist und dass alle weiteren Kürzungen für die Studienbedingungen untragbar sind.

Deshalb kommt am 15.05. um 18 Uhr auf den Friedemann-Bach-Platz (vor der Moritzburg) und zwingt Dr. Reiner Haseloff dazu, dass zu hören, was er nicht weiß und beständig ignoriert; gegen Kürzungen ohne Sinn und Verstand und für eine gerechte und ausreichende Finanzierung universitärer Bildung!

**AKTIONSBÜNDNIS MLU
PERSPEKTIVEN
GESTALTEN!**



Über 7000 Menschen gegen Kürzungspläne auf der Straße

(ag) Über 7000 Menschen haben am 30. April 2013 in Halle gegen die Kürzungspläne der Landesregierung demonstriert. Studierende, MitarbeiterInnen, ProfessorInnen, der Rektor – ein breites Bündnis war heute gemeinsam auf der Straße, um Widerstand gegen die Sparmaßnahmen Ausdruck zu verleihen.

Im Vorfeld hatten viele Fachbereiche ihre Angehörigen zur Teilnahme an der Demonstration und Kundgebung aufgefordert, an vielen Stellen wurden dafür extra Lehrveranstaltungen ausgesetzt.

Und das zu Recht. Die Proteste gestern in Magdeburg und heute in Halle sind ein starkes Signal an die Landesregierung, besonders an Ministerpräsident Haseloff, Finanzminister Bullerjahn und den neuen Wissenschaftsminister Möllring.

Die geplanten Kürzungen werden die Hochschulen weder handlungsfähiger noch leistungsorientierter machen, wie dies im stetigen Mantra von der Landesregierung wiederholt wird.

Sie führen allein dazu, die ohnehin prekäre Situation im Hochschulbereich weiter zu verschärfen. Das Betreuungsverhältnis wird sich weiter verschlechtern, Lehrveranstaltungen werden noch überfüllter, mehr MitarbeiterInnen werden in viertel oder halben Stellen beschäftigt.

Die RednerInnen bei der Abschlusskundgebung auf der Treppe zum Rathshof betonten, welche weitreichenden Folgen die Kürzungspläne von über 76 Millionen Euro im Hochschulbereich haben werden. Nicht nur unmittelbar für Studierende und die weiteren Hochschulangehörigen, sondern auch für die Infrastruktur der Hochschulstandorte, für Einzelhändler, für Gastronomie und Kultur.

Betont wurde weiterhin die Geschlossenheit und Solidarität, die es jetzt zwischen den Hochschulen braucht. Denn es geht nicht darum, allein für die MLU zu kämpfen, wir müssen uns für eine ausfinanzierte Bildung in ganz Sachsen-Anhalt einsetzen.

Wir begrüßen daher auch ausdrücklich die Gründung eines landesweiten Vernetzungsbündnisses, wie am vergangenen Samstag geschehen. Solidarität bedeutet aber auch, dass wir uns gegen das Ausspielen einzelner Bereiche, wie Sport, Kultur oder Bildung gegeneinander einsetzen. Denn eine abgewehrte Kürzungsdebatte im Hochschulbereich darf nicht zu Lasten von Kindergärten, Schulen oder Sportvereinen gehen.

Auch der neue Chef im Wissenschaftsministerium Möllring sprach oder versuchte zur Menge auf dem Marktplatz zu sprechen.

Weit kam er jedoch nicht, wurde er doch immer wieder von den Demonstrierenden unterbrochen. Die Unzu-

friedenheit mit der aktuellen Politik war quasi greifbar.

Wir fordern die Landesregierung daher auf

- die Mittel im Hochschul- und Forschungsbereich sowie bei den Studentenwerken nicht weiter zu kürzen.
- für die Studierenden gute Studienbedingungen zu schaffen.
- eine dauerhafte und tragfähige Hochschulstruktur zu schaffen, die nicht jedes Jahr im Zuge der Haushaltverhandlungen in Frage gestellt wird.
- prekäre Beschäftigungsverhältnisse gemeinsam mit den Hochschulen zurückzudrängen.

Widerstand gegen Kürzungen organisieren!

04. 06.2013 18:00 Uhr

Ort: Kulturtreff Halle-Neustadt,

Am Stadion 6, 06122 Halle

„Der Sprit ist alle? – Quatsch, die treiben doch alle nur die Preise hoch“

Zu den zu Ende gehenden Erdölvorkommen und den Folgen für die Welt und unser Wirtschaften

Gegenwärtig pendelt der Benzinpreis für Super um 1,60 Euro. Alle werden schimpfen, wenn er zu Weihnachten 2013 bei 1,80 Euro liegt, aber niemand würde sich darüber wundern. Haben wir uns mit diesem „Ragnarök lite“ schon abgefunden? Eines ist klar: billiger wird es nicht mehr. Dafür gibt es viele Gründe, z.B. Steuern und die Profitgier der Konzerne. Aber es gibt auch ganz andere Ursachen, und die sind für unsere Zukunft mindestens genau so bedeutsam und bedenklich, wie die Suche nach Auswegen, z.B. über das „Fracking“. Die wichtigste Frage ist nicht, ob es ein Ende der Erdöl-Ära geben wird, sondern wie und wann es kommt, und welche sozialen Konsequenzen zu erwarten sind. Politisch reicht uns dafür sicher kein „Plan B“, sondern ein völlig neues Denken.

Priv.-Doz. Dr. rer. nat. habil. Wolfgang Weiß
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Institut für Geographie und Geologie
Makarenkostraße 22
D-17487 Greifswald

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Sitte zu Sitte

Gelegentlich werde ich gefragt, ob ich mit Willi Sitte verwandt bin. Politisch wohl aber nicht biologisch sag ich dann meist. Als ich Willi das irgendwann mal erzählt habe, meinte er, ihm sei die Frage auch schon des Öfteren gestellt worden. Zwischenzeitlich dementiere er es aber gar nicht mehr. Es sei doch in Ordnung. Na da hab ich mich natürlich gefreut.

Aber die meisten wissen's nun längst. Und so bin unlängst dann aber auch gefragt worden, wie Sitte eigentlich zu Sitte gekommen ist.

Das hat, wie man sich denken kann, schon weit vor der >Wende< begonnen. Ich bin in Dresden aufgewachsen und die Nationalen Kunstausstellungen der DDR fanden oft dort statt. Natürlich ging ich hin. Bilder hatten es mir schon damals angetan. Ein Bild faszinierte mich damals besonders, weil es irgendwie mit mir zu tun hatte.

Auf diesem kam der Betrachterin in großartiger perspektivischer Darstellung ein Schwimmer entgegen. Die Augen in Höhe des Wasserspiegels konnte man unter und über Wasser sehen, wie sich der junge Mann kraftvoll durchs Wasser kämpfte. Genial wie das Wasser um ihn quirlt und wie der Maler Kopf, Arme und Beine in eindrucksvoller Perspektive tauchen bzw. auftauchen lässt.

Da ich über viele Jahre mehrmals pro Woche Schwimmen trainierte, klickte es bei diesem Bild sofort. Ich habe es nie wieder vergessen.

Und jetzt kommt die Auflösung. Richtig. Der Maler war Willi Sitte. Auch da klickte es. Zufälle sind manchmal wirklich originell.

Umgehend wurde zu Hause gefragt, ob da irgendjemand in der Verwandtschaft malen kann. Vollkommene Fehlanzeige. Weder waren wir verwandt, noch konnten andere Verwandte besonders gut malen.

Nach der Wende habe ich dieses Bild nur noch einmal gesehen. In der Willi-Sitte-Galerie in Merseburg. Ich bin immer noch hingerissen.

Jetzt kommt die Einblendung – zwanzig Jahre später. Ich lebte nun in Halle, hatte hier studiert und wir suchten nach einem neuen Ikon oder Piktogramm für unseren Studentenklub „Turm“. Was lag näher, als sich an „die Burg“ zu wenden. Und tatsächlich empfand Professor Voigt das als reizvolle Aufgabe für seine Studies. Ich weiß gar nicht mehr, ob wir es dann wirklich auch benutzt haben oder ob es mit der Wendezeit verloren ging. Wie auch immer, mein Name löste natürlich gewisse Neugier aus. Aber direkt fragen, kam ja gar nicht in die Tüte. Stattdessen kam en passant die

Bemerkung...“Ach Sie sind mit dem berühmten Ooopernsänger verwandt!?“ Sehr witzig. Nö, bin ich nicht. Ah ja.

Ingrid Sitte, Willis Frau, stolperte ich schon irgendwann an der Hochschule über den Weg. Aber keine Chance. Ein näherer Austausch über Eltern und Großeltern zeigte schnell, da war nix. Also wirklich nicht verwandt. Auch gut.

Soweit zum ersten Kapitel, wie Sitte zu Sitte kam.

Das zweite Kapitel beginnt erst einige Jahre nach der Wende. Auf einer Veranstaltung, zu der mein Hirn inhaltlich gar nichts mehr hergibt, begegnete ich erstmalig Willi Sitte persönlich.

Er stutzte und ich fühlte mich ein wenig beklommen. „Die PDS will wohl nichts mit mir zu tun haben?“ Huch. Unangenehmes Gefühl in der Magengrube. „Nein, wieso das denn?“ So meine Gegenfrage. „Tja ihr habt mich noch nie besucht oder mal Kontakt aufgenommen.“ Das stimmte und es lag eindeutig an mir.

Über Jahre dachte ich, die Schmidts, Meiers, Müllers dieser Welt rufen sich doch auch nicht gegenseitig an, um sich mitzuteilen, dass sie Namensvetter waren. Gut, nicht alle von ihnen sind wie Willi Sitte weithin bekannt. Diese Bekanntheit war es aber, die mich eher hemmte die Verbindung zu suchen. Leute, die sich im Schatten von bekannten Menschen wichtiger machen oder aufwerten wollen, sind mir eigentlich unangenehm. Zu denen wollte ich nicht gehören.

Ich hab versucht, Willi das, ein wenig hölzern zwar, aber doch nicht ganz erfolglos, zu erklären. „Ach was für ein Quatsch. Haben wir nun politische Gemeinsamkeiten oder nicht? Ich jedenfalls“, so meinte er, „gedenke nicht, meine Utopien aufzugeben.“ Das wäre doch allemal Grund genug, miteinander zu reden. Stimmt natürlich.

Damit war der Moment der Peinlichkeit für mich beendet und fortan sah man sich gelegentlich. Mal bei ihm zu Hause, mal auf Veranstaltungen. So habe ich mich sehr über das Galerieprojekt in Merseburg gefreut und unterstütze es bis heute materiell und immateriell. Dass Willi Sitte den Bürgerpreis in Halle bekommen hat, war ihm, so mein Eindruck ungemein wichtig. Und mir, ehrlich gesagt, auch.

Ich will das gar nicht weiter kommentieren – aber ein großartiger Künstler, ein herausragender Zeichner ist er unbestritten.

Und er war und ist ein politischer Geist – so wie viele von uns. Über dieses Kapitel lässt sich engagiert streiten. Aber sein künstlerisches Werk kann ihm niemand nehmen oder in Abrede stellen.

Zum Teufel mit diesem Verfassungsschutz!

Die Vorgeschichte des Prozesses gegen den NSU gab reichlich Gelegenheit, einen Einblick in die Fehlleistungen der Verfassungsschutz-Behörden in den Ländern und im Bund zu erhalten.

Da ist viel über Vertuschung und Akten-Schredderung geschrieben worden. Das ist ja alles richtig, aber mich beschäftigt noch eine ganz andere Seite dieser Behörden; nämlich, wie sorgsam Akten gesammelt und gespeichert werden, wie der Tagesablauf und die Begegnungen mit Freunden durch – welche V-Leute auch immer - ausgespäht werden.

So geht es seit Jahrzehnten meinem Freund Gerhard Bialas in Tübingen. Er ist jetzt 82 Jahre alt, war 27 Jahre Gärtnermeister im Botanischen Garten, wurde 30 Jahre immer wieder in den Gemeinderat von Tübingen und über 20 Jahre in den Kreistag gewählt. Der Senat der Universität schätzte seine Mitwirkung im Großen Senat, der Städtetag Baden-Württembergs verlieh ihm 2002 das Verdienstabzeichen in Silber, 2005 in Gold.

Wer fragt sich da nicht: Was fürchtet von dem der Verfassungsschutz Baden-Württembergs?

Ganz einfach, er will seit 1951 Gerhard Bialas demütigen, weil er sich seit dieser Zeit zur KPD bekannt hat und dieses Bekenntnis bis heute stolz und aufrecht wiederholt. Nach dem Verbot der KPD, die der Remilitarisierung Westdeutschlands im Wege stand, schloss er sich der Deutschen Friedensunion und später der DKP an. In den letzten Wahljahren trat er auch für die Partei Die Linke ein.

Im Unterschied zu Joschka Fischer, der einst Steine auf Polizisten warf, Winfried Kretschmann, der Sympathie zu einer kommunistischen Gruppe äußerte oder Angela Merkel, die der in FDJ aktiv war, die bekanntlich zu dieser Zeit schon im Westen verboten war, und die alle

ihren „Jugendsünden“ abgeschworen haben, hat sich Gerhard Bialas nicht gewendet.

Weil er nun schon von vielen Amtspersonen seit Jahrzehnten auf Anfragen erfuhr, dass er als eine extremistische Person angesehen wird, wollte er nach der Wahl des Grünen Ministerpräsidenten die Frage erneut stellen und brachte in einem Brief am 3.10.2012 seine Hoffnung zum Ausdruck, „ dass die Überwachung meiner Person endlich beendet wird.“

Das Antwortschreiben des Landesamtes für Verfassungsschutz vom 19.2.2013 ist nicht nur eine Posse, es ist eine teuflische Unverschämtheit. Da werden seitelang neben seinem politischen Lebenslauf „linksextremistische Bestrebungen“ aufgezählt: Z. B. 2007 die Teilnahme an einer „Trauerfeier und Urnenbeisetzung eines verstorbenen DKP-Aktivisten“, im Oktober 2009 die an einem Forum zu „Linke Kommunalpolitik in Krisenzeiten“, am 1. Mai 2010, am Neujahrsempfang 2012 der Partei Die Linke, usw. usw.

Zahlreiche protestierende Leserbriefe und Solidaritätserklärungen für Gerhard Bialas im „Schwäbischen Tageblatt“ haben einen Landtagsabgeordneten am 10.12.12 und 25.2.13 veranlasst, an das Innenministerium zu schreiben und das Anliegen von Gerhard Bialas zu unterstützen, dass endlich die Überwachung eingestellt wird. In dem 5-seitigen Antwortschreiben aus dem Innenministerium wird Gerhard Bialas als ein „Überzeugungstäter“ diffamiert. Es gäbe „keinen Grund, dass das Landesamt für Verfassungsschutz die Sammlung von Erkenntnissen zur Person Bialas beendet.“

Im Gegensatz zu diesem Amt erkläre ich meine volle Solidarität für Gerhard Bialas und sage: Zum Teufel mit diesem Verfassungsschutz!“

Ernst Luther

Wulf Gallert - Rede im Landtag

25. April 2013, Wulf Gallert zu TOP 28: Öffentliche Auseinandersetzung nach dem Kabinettsbeschluss zur Haushaltsaufstellung 2014

Seit der denkwürdigen Entlassung der Wissenschafts- und Wirtschaftsministerin Frau Prof. Wolff am Freitag gibt es im Land eine aktive gesellschaftliche Debatte, wie wir sie lange nicht erlebt haben und wie sie sonst nur auf heiße Wahlkampfzeiten beschränkt sein dürfte. Ich möchte dies bei meiner Rede voranstellen, weil ich das als außerordentlich positiv einschätze. Allerdings ist dies der einzige positive Aspekt, den wir in diesem Zusammenhang zu konstatieren haben.

In den letzten Tagen ist besonders intensiv über den

politischen Stil der Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts diskutiert worden. Und ja, auch das ist wichtig, denn Vertrauen in die politischen Institutionen gewinnt oder verliert man auch auf diese Art. Und wenn denn wirklich stimmen sollte, dass die Entlassung per Telefonanruf deshalb notwendig geworden war, weil die Informationen über den Nachfolger in Niedersachsen bereits an die Öffentlichkeit drängten, stellt sich die Frage, wer diese an die Öffentlichkeit gebracht hat. Auch die Debatte darum, dass eine von den ohnehin nur zwei Frauen im Kabinett jetzt durch einen Mann ersetzt wird, ist nicht unbedingt ein Zufall. Frau Wolff hat sich an einer ganz entscheidenden Stelle

der Logik des Machterhalts entzogen und hat die Position der von Politik Betroffenen artikuliert. Auch dies übrigens etwas, was sich durchaus mit der Debatte um die Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft verbindet.

Und dann noch eine letzte Bemerkung zum politischen Stil. Nun wird immer behauptet, dass Frau Wolff sich nicht an die Kabinetts-Disziplin gehalten hat, die zwingend aus ihrem Ja zur entsprechenden Vorlage abgeleitet worden ist.

Ich möchte mich nicht an der Diskussion beteiligen, ob es sich hier um Beschlüsse oder Prüfaufträge handelt. Ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen: Diese Vorlage wurde in einem Presse-Frühstück durch den Ministerpräsidenten und den stellvertretenden Ministerpräsidenten der Öffentlichkeit vorgestellt, bevor man damit ins Kabinett ging, um dies zu beschließen. Jeder, der länger als drei Tage in der Politik ist, kennt die Wirkung solcher Prozesse. Eine Zurückweisung dieser Vorlage im Kabinett wäre einer massiven Demontage der beiden gleich gekommen, die diesen Beschluss schon mal öffentlich verkündet hatten. Ja, so diszipliniert man seine Kabinettsmitglieder, wenn man der eigenen Position nicht sicher ist.

Im Zentrum der Aktuellen Debatte steht aus unserer Perspektive jedoch etwas anderes. Nämlich die Perspektive derjenigen Menschen, die von diesen politischen Entscheidungen betroffen sind, aber bisher überhaupt nicht als Akteur in Erscheinung getreten sind. Das sind die Studentinnen und Studenten, die ab nächstem Jahr von den Budget-Kürzungen betroffen sein sollen und die Schülerinnen und Schüler, die in den nächsten Jahren hier in Sachsen-Anhalt studieren wollen. Das sind diejenigen, die im Wissenschaftsbereich des Landes Sachsen-Anhalt jetzt schon massenhaft in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen und keine Aussicht haben, dass sich dies ändert. Das sind aber auch die Schüler, denen auf absehbare Zeit die Stundentafel gekürzt werden muss, weil der Einstellungskorridor noch einmal halbiert werden soll. Das sind die Gemeindevertreter, die darum kämpfen, dass im Interesse der öffentlichen Sicherheit Polizei vor Ort präsent ist, aber damit wenig Aussicht auf Erfolg haben werden.

Und da spricht diese Kabinettsvorlage eine ganz klare Sprache. All diese Maßnahmen sollen als unabänderlich und unwiderruflich in Stein gemeißelt werden. Wer dagegen opponiert, wird erst einmal innerhalb der Koalition zum Schweigen gebracht und dem wird letztlich in der Gesellschaft bedeutet, dass eine Auseinandersetzung zu diesen Themen sinnlose Zeitverschwen-

dung ist, weil sich diese Regierung sowieso nicht mehr davon abbringen lässt.

Diese Botschaft aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, die wäre wirklich verheerend. Für das Engagement von Menschen in und für dieses Land, für die Akzeptanz des politischen Systems und für unsere gemeinsame Zukunft. Deshalb sagen wir als LINKE ganz klar: Zu dieser Politik darf es kein „Basta!“ geben, wir brauchen eine offene gesellschaftliche Auseinandersetzung, wie wir dieses Land gestalten wollen. Ja, und wir brauchen Widerstand an den Stellen, wo wir uns mit diesen Beschlüssen gegenüber den zukünftigen Generationen dieses Landes verschulden: Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, im Bereich von Bildung und Wissenschaft und auch im Bereich der Infrastruktur. Und wenn dieser Widerstand in dieser Koalition nicht mehr möglich ist, dann muss es ein Widerstand gegen diese Koalition sein.

Kommen wir nunmehr zur Logik dieser Kabinettsvorlage. Die These ist ganz offensichtlich, dass radikale Einschnitte in diesem Land unumgänglich sind, weil uns sinkende Einnahmen dazu zwingen. Flankiert wird diese These seit Montag von der Aussage des Ministerpräsidenten, dass wir in Sachsen-Anhalt bei unseren Sparbemühungen die Schlechtesten wären. Letzteres kann wohl nur als Selbstkritik verstanden werden, da die CDU hier nunmehr seit elf Jahren regiert.

Festzuhalten bleibt, dass der steuerpolitische Status Quo in den nächsten Jahren tatsächlich zu deutlichen Einnahmerückgängen für das Land Sachsen-Anhalt führen würde. Dieses Problem ist uns bewusst und bestärkt uns in unserer Position, für Alternativen zu kämpfen mit einem alternativen Steuerkonzept und mit einem Vorschlag für einen Solidarpakt III, der allen einnahmeschwachen Ländern und Regionen in der Bundesrepublik zu Gute kommen soll. Interessanterweise wird die Position einer höheren Besteuerung von hohen Vermögen und Einkommen ja zumindest im Wahlkampf auch von der SPD vertreten. Wie glaubwürdig das mit Herrn Steinbrück ist, sei einmal dahingestellt. Aber festzuhalten bleibt, dass bei der Verkündung dieses Kabinettsbeschlusses die zentrale These des Ministerpräsidenten und des Finanzministers war, Sachsen-Anhalt hat kein Einnahme-Problem, sondern ausschließlich zu hohe Ausgaben. Damit positionieren sich beide, sie halten die von ihnen vorgeschlagenen Einschnitte nicht nur für nötig, sondern auch inhaltlich für richtig. Dass diese Position mit der Programmatik und Politik der CDU übereinstimmt, überrascht niemanden. Dass sie aber auch die Position des ehemali-

gen SPD-Spitzenkandidaten ist, ist ein Offenbarungseid. Mit dieser Aussage hat der Kollege Bullerjahn den gesamten Wahlkampf seiner eigenen Partei zur Verteilungsgerechtigkeit ad absurdum geführt. Mit dieser klaren Aussage: „Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem.“, basiert diese Koalition ganz grundlegend auf der politischen Programmatik der CDU, und die Gemeinsamkeiten sind heute vielleicht größer, als es scheint.

Nun stellt sich die Frage, ob es denn innerhalb dieser begrüßten Rahmenbedingungen nicht auch Alternativen geben könnte. Dafür gibt es eine Reihe von Indizien. Wie passt denn die Aussage des Ministerpräsidenten, dass wir beim Sparen die Schlechtesten von allen sind, mit den Berichten des Stabilitätsrates der letzten Jahre zusammen, wonach Sachsen-Anhalt der Musterschüler unter den Schuldnerländern gewesen ist. Dafür hat sich die Landesregierung regelmäßig gefeiert, vor allem der Finanzminister. Ist das alles jetzt nicht mehr wahr?

Wie passt denn diese Blut-, Schweiß- und Tränenpolitik des Kabinettsbeschlusses mit einem Vorschlag der CDU nach dem Kabinettsbeschluss zusammen, Fachkräften eine Bleibe-Prämie von 5.000 oder 10.000 Euro anzubieten, wenn sie hier einen unbefristeten Arbeitsvertrag unterschreiben? Ein Vorschlag übrigens, der schon deshalb absurd erscheint, weil diejenigen, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag angeboten bekommen, meistens freiwillig hier bleiben. Offensichtlich sieht man doch dort genug Reserven. Und deswegen stimmt auch die These nicht, dass selbst dann, wenn wir falsche politische Rahmenbedingungen langfristig akzeptieren würden, diese Kabinettsvorschläge alternativlos sind. Sie sind es möglicherweise aus Sicht der Autoren, aber keinesfalls in der Sache.

Schauen wir uns einmal an einem kleinen ausgesuchten Beispiel die Kabinettsvorlage genauer an, das bei den Einsparbeschlüssen im Bereich der Hochschulen am deutlichsten formuliert ist. Wie wird die Möglichkeit, Einsparungen dort vorzunehmen, begründet? Zentrale Argumentation ist eine Tabelle, nach dem in Sachsen-Anhalt mit 11.400 Euro pro Jahr und Student, nach Mecklenburg-Vorpommern im Osten Deutschlands am meisten ausgegeben wird. Die Grundlage dieses Vergleichs ist nicht nachvollziehbar. Interessant sind viel mehr die Zahlen, die davor in der Kabinettsvorlage stehen. Da schaut man sich an, was ein Student im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010 real kostet. Und da steht am Anfang, dass pro Student im Jahre 2010 das Land pro Jahr etwa 7.100 Euro ausgegeben hat und der

Bundesdurchschnitt liege nur bei 6.200 Euro. Also ist Sachsen-Anhalt wieder einmal teuer. Liest man weiter, kommt man zu einer völlig anderen Einschätzung und erfährt, dass die realen Ausgaben für Studierende bei uns pro Jahr bei etwa 8.500 Euro liegen, aber im Bundesdurchschnitt bei 9.200 Euro. Das heißt also, in Sachsen-Anhalt wird in Wahrheit pro Student jetzt schon 8 % weniger als im Bundesdurchschnitt ausgegeben.

Nun sagt diese Kabinettsvorlage aber auch, dass im Westen höhere Einnahmen realisiert wurden, nämlich über Studiengebühren und über vielmehr Drittmittel-Einwerbung. Fairerweise wird ganz am Ende bemerkt, dass sich die Sache mit den Studiengebühren im Westen aber auch inzwischen erledigt hat und damit der Zuschuss pro Student inzwischen nahe dem Niveau von Sachsen-Anhalt liegen müsste. Nur am Rande sei übrigens bemerkt, dass nach diesen Zahlen der Zuschuss dieses Landes pro Student in Sachsen-Anhalt nicht wie behauptet, bei 7.100 Euro, sondern unter 6.800 Euro liegen müsste. All das, was ich Ihnen hier erzählt habe, findet sich in der Kabinettsvorlage auf einer Seite. Es quietscht vorn und hinten, und nichts an dieser Analyse ist logisch. Und das ist die Datengrundlage für einen Kabinettsbeschluss, der nun in Stein gemeißelt sein soll. Auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist absurd. Letztlich stellt sich für uns jedoch die Frage, in welcher Art und Weise die politische Entscheidungsfindung von dieser Koalition weiter betreiben werden soll. Und lassen Sie uns mal beim Beispiel Hochschulen bleiben. Da gab es am Dienstag eine Sitzung der SPD-Fraktion. An deren Ende gab es einen Beschluss, der vom Finanzminister mitgetragen wird. Und in diesem steht, dass die jetzige Studierendenzahl von 55.000 in Sachsen-Anhalt weiter Planungsgrundlage bleiben soll. Das konterkariert jedoch fast alles, was an Beschlussvorschlägen in der Kabinettsvorlage, Punkt 26 folgende, aufgeschrieben ist. Da wird davon ausgegangen, dass Einsparungen deshalb vorgenommen werden können, weil auf Grund der demografischen Situation die zu erwartenden Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt stark sinken werden. Der Finanzminister hat in der letzten Landtagssitzung dies mit einer CHE-Studie begründet. Diese Studie sagt in Wahrheit übrigens genau das Gegenteil aus. Jetzt beschließt der Finanzminister am Dienstag in der Fraktion eine Position, die der Kabinettsvorlage in diesem Bereich völlig die Grundlage entzieht. Herr Haseloff, eigentlich müssten Sie ihn jetzt entlassen! Auf diesen Widerspruch angesprochen, sagt dann der Finanzminister, na, dann sollen

sie doch die gleiche Anzahl mit weniger Geld ausbilden. Obwohl aus seiner Vorlage selbst zu entnehmen ist, dass die Ausgaben pro Student jetzt schon deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. In diesem Augenblick müsste eigentlich die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD ihr Amt niederlegen. Und diese ganze Debatte findet statt, ohne, dass wir die von der Landesregierung in Auftrag gegebene Evaluierung des Wissenschaftsrates kennen, die überhaupt erst im Juni vorgelegt werden soll. Aber eine sachorientierte Debatte kann man doch nur in Kenntnis der Sachlage machen. Aber auch hier gewinnt man den Eindruck, dass die Kenntnis der Sachlage der politischen Logik des Kabinetts entgegensteht und deswegen ignoriert werden soll. Die geschichtliche Erfahrung sagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, das geht auf die Dauer nicht gut.

Ich hatte nur Gelegenheit, an diesem einen Beispiel zu erläutern, auf welchen tönernen Füßen diese Vorlage steht. In vielen anderen Bereichen wird es nicht anders sein. Deswegen bleibt es oberstes Ziel für uns, eine kritische gesellschaftliche Debatte zu den Politikzielen und dem Politikverständnis dieses Kabinetts herbei zu führen. Hier sollen Weichen gestellt werden, die das gesellschaftliche Leben in unserem Land massiv beeinträchtigen werden. Wir können und dürfen nicht akzeptieren, dass diese Entscheidungen auf der Basis falscher politischer Ziele und eines falschen Politikverständnisses gefällt werden. Deswegen brauchen wir den Widerspruch in dieser Gesellschaft, den wir unterstützen und artikulieren wollen. Und wenn diese kritische Auseinandersetzung nicht mehr in dieser Koalition möglich ist, dann muss sie sich gegen diese Koalition richten.



Der Stadtverband Halle beteiligte sich, wie in jedem Jahr, an der Kranzniederlegung anlässlich des Tages der Befreiung am 8. Mai.



Infostand am 1. Mai 2013 auf dem Markt.



Fotos: Martin Bahr